

schinenbauministerium zu einer stärkeren Förderung der Inlandsunternehmen gebracht. Ergebnisse der Unterstützung waren 1996 die Vergabe von ISO-Zertifikaten an 240 staatliche Groß- und Mittelunternehmen für ihre Produkte. Die Entwicklung von Markenprodukten, Qualitätsbetrieben und technischen Zentren wird als Strategie vom Maschinenbauministerium verfolgt, um die chinesischen Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen. Auch die Fusion von Unternehmen zu Unternehmensgruppen dient diesem Ziel. Ende Januar wurde der Zusammenschluß eines Konglomerates von 29 Unternehmen und Instituten zur China Machinery Group (CMG) durchgeführt. Andere Zusammenschlüsse wie der von zwei Shanghaier Großunternehmen, die Shanghai Electric Products Manufacturing Group und die Shanghai Machinery & Electrical Share Holding Corp. zur Shanghai Electric Products Manufacturing Group, zählen dazu.

Nach Angaben des Maschinenbauministeriums sollen derzeit rd. 5.270 Joint Venture-Unternehmen mit einem Investitionswert von 5,2 Mrd. US\$ in China engagiert sein. Bis 1995 waren deutsche Unternehmen mit Investitionen in Höhe von 150 Mio. US\$ daran beteiligt. (Siehe hierzu „Chinas Maschinenbau rüstet auf“, in: *China Contact*, 3, 1998, S. 73-76.) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 30 Regierungsbericht Li Pengs auf dem Nationalen Volkskongreß

Auf dem 9. Nationalen Volkskongreß (NVK) Anfang März dieses Jahres stellte Li Peng den Regierungsbericht vor, der die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1997, der letzten fünf Jahre sowie die Planungsschwerpunkte für 1998 enthält. Während auf die wirtschaftlichen Ergebnisse des letzten Jahres in einem Artikel des nächsten Heftes von *China aktuell* ausführlich eingegangen wird, sollen an dieser Stelle die Schwerpunkte der Wirtschaftsplanung für 1998 vorgestellt werden.

Bevor auf die Planung für 1998 eingegangen wird, zunächst ein kurzer Blick auf die von Li Peng herausgestellten Widersprüche und Pro-

bleme der derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Hierzu werden die beträchtliche Anzahl von Staatsbetrieben gezählt, die Produktions- und Operationsprobleme haben, die steigende Anzahl von entlassenen und arbeitslosen Arbeitskräften und der größere Druck auf den Arbeitsmarkt. Weitere Probleme seien die als schwach bezeichnete Basis für die Agrarwirtschaft, das verbreitete Phänomen, überflüssige Projekte zu bauen, sowie die geringe Qualität und Leistung der nationalen Wirtschaft. Auch die Finanzüberwachung wird als unzureichend bezeichnet. Die regionale Wirtschaftsentwicklung sei weiterhin sehr ungleich, und auch die Einkommensverteilung in verschiedenen Sektoren sei nicht rational. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen in den städtischen und ländlichen Gebieten seien die Lebensumstände nach wie vor sehr schwierig. Auch zunehmende Umweltprobleme aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Wirtschaftswachstums werden von Li Peng genannt sowie bürokratisches Verhalten der Funktionäre und Korruption.

Folgende Schwerpunkte für die Wirtschaftsentwicklung 1998 werden im Regierungsbericht aufgeführt:

**Landwirtschaft:** Als oberstes Ziel wird die Stabilisierung und Stärkung der Landwirtschaft genannt. Gute Ernteergebnisse und eine Verbesserung der Einkommen der Bauern sollen zur sozialen Stabilität in den ländlichen Gebieten beitragen. Die Planung sieht einen Getreideertrag von 492,25 Mio. t vor, der damit auf dem Niveau des Jahres 1997 liegen würde.

Weiterhin sollen die Distributionskanäle für landwirtschaftliche Produkte und die Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten ausgeweitet werden. Ziel ist die Integration von Produktion, Verarbeitung und Vermarktung und die Beteiligung der Bauern an den Vorteilen dieses integrierten Systems.

Die Reform des Getreideankaufs und des Marketingsystems wird eine weitere wichtige Aufgabe in diesem Jahr sein.

Hinsichtlich des Vertragssystems, bei dem ländliche Haushalte Boden zur Nutzung pachten, wird im Bericht darauf verwiesen, daß die Vertragsdauer auf weitere 30 Jahre verlängert werden soll.

**Industrie:** Der Bericht betont die Reform der Staatsunternehmen als zentrale Aufgabe in der wirtschaftlichen Umstrukturierung. So sollen die meisten großen und mittelgroßen staats-eigenen Verlustunternehmen in den kommenden drei Jahren in erfolgreiche Unternehmen mit Hilfe von Reorganisation, Modernisierung, verbessertem Management etc. umgewandelt werden. In der Textilindustrie, die sich besonders großen Problemen gegenübersteht, soll mit den Reformen begonnen und dann auf andere Branchen ausgedehnt werden.

Der Erfolg der großen Unternehmen wird als besonders wichtig für die Steigerung der Effizienz des gesamten Staatssektors herausgestrichen. In wichtigen Industrien werde die Regierung die Bildung von Unternehmensgruppen fördern, wobei diese über die Grenzen von Ministerien, Regionen und Eigentumsformen gegründet werden sollen.

Auch die Stärkung und Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Steuerung ist im Regierungsbericht für 1998 geplant. Das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr soll ein Niveau von 8% erreichen; die Inflationsrate (Einzelhandelspreisanstieg) soll auf 3% beschränkt werden. Die Planung sieht lediglich eine Steigerung der Anlageinvestitionen um 10% vor, die hauptsächlich in die Bereiche Infrastruktur für Energieentwicklung, Transport, Telekommunikation und Umweltschutz fließen sollen. Über das verschiedentlich angekündigte Konjunkturprogramm gibt der Regierungsbericht keine Informationen. (SWB FE/3168, 6.3.98) -schü-

### 31 Hohe Staatsanleihen zur Finanzierung des Staatshaushalts

Im Jahre 1998 muß aus dem Zentralhaushalt der Regierung für die Rückzahlung von Kapital und Zinsen aufgenommenen in- und ausländischer Kredite ein Betrag von 234,86 Mrd. Yuan bereitgestellt werden. Gegenüber 1997 stellt dies eine Steigerung um 43,177 Mrd. Yuan dar. Da die Zentralregierung außerdem ein neues Defizit von rd. 46 Mrd. Yuan finanzieren muß, ist für dieses Jahr die Emission in- und ausländischer Anleihen mit einem Volumen von rd. 280 Mrd. Yuan vorgesehen. (SWB FE/3182 S1/4, 23.3.98) Im letzten Jahr fan-

den Verkäufe von Schatzobligationen im Werte von 241,2 Mrd. Yuan statt. (SWB FE/W0529/CNS 18.3.98)

Das Finanzministerium mußte sich auf die größte Rückzahlung von Staatsanleihen zum 1. März d.J. vorbereiten. So werden sechs verschiedene Staatsanleihen zur Rückzahlung fällig, während bei fünf anderen Anleihen die Jahreszinsen gezahlt werden müssen. Ein Sprecher des Finanzministeriums wies gegenüber der Xinhua-Nachrichtenagentur darauf hin, daß die Rückzahlung von Staatsanleihen, die im letzten Jahr fällig geworden waren, fast vollständig durchgeführt sei. Die pünktliche Rückzahlung habe dazu beigetragen, daß das Vertrauen der Anleger in Staatsanleihen zugenommen habe. (SWB FE/D3167/CNS 5.3.98)

Nach Angaben der Zentralbank wurden zwischen dem 20.2. und dem 11.3. d.J. über die Banken 70,3 Mrd. Yuan in Schatzobligationen verkauft. Dies war ein Anteil von rd. 59% der insgesamt für 1998 vorgesehenen Verkäufe von zertifizierten Anleihen von 120 Mrd. Yuan bis zum 31.10.1998. Es handelte sich dabei um Anleihen mit einer Laufzeit von drei Jahren und von fünf Jahren (SWB FE/W0529/CNS 18.3.98)

Die Anleihen mit einer Laufzeit von drei Jahren weisen einen jährlichen Zinssatz von 7,11% auf und liegen damit höher als der für entsprechende Bankeinlagen geltende Zinssatz von 6,21%. Dies gilt auch für die Anleihen mit einer fünfjährigen Laufzeit, die einen Zinssatz aufweisen, der sich mit 7,86% gegenüber dem Zinssatz von 6,66% für entsprechende Bankeinlagen deutlich abhebt. (SCMP, 7.3.98) -schü-

### 32 Privatunternehmen am Aktienmarkt diskriminiert

Nach Einschätzung von Hu Jiaying, Vorsitzender des Privatunternehmens Hubei Jiaying Group, der gleichzeitig ein Delegierter der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ist, werden private Unternehmen nicht nur bei der Vergabe von Bankkrediten diskriminiert, sondern auch bei der Vergabe von Quoten für Aktienemissionen.

Hu zufolge belief sich im letzten Jahr die Quote für Aktienemissionen privater Unternehmen auf 1%, und in diesem Jahr gäbe es noch keine Quote.

Viele Delegierte der Konsultativkonferenz seien der Ansicht, daß auch der sich schnell entwickelnde nichtstaatliche Sektor bzw. erfolgreiche Privatunternehmen eine angemessene Quote erhalten sollten. Allerdings werde die Entscheidung über die Zulassung an der Aktienbörse von Beamten der Stadt- bzw. Provinzverwaltung getroffen, die der China Securities Regulatory Commission Empfehlungen unterbreiten könnten. Diese habe im letzten Jahr zwar den staatlichen Unternehmen Priorität bei der Aktienemission zugesagt, dabei jedoch die Privatunternehmen nicht ausgeschlossen.

Seit Mitte März d.J. werden Aktien des Unternehmens Sichuan New Hope Agriculture Co. an der Börse in Shenzhen gehandelt. Dies ist das vierte Privatunternehmen von rd. 700 an der Börse notierten Unternehmen. Auch nach Einschätzung von Wang Shiyu, Präsident des Unternehmens Vantone M & A Management, der New Hope bei der Börsennotierung beriet, hätten die Privatunternehmen beim Gang an die Börse einen wesentlich schlechteren Stand. Während Beamte der Provinzregierungen sich um die staatlichen Unternehmen besonders bemühten, müßten sich die Privatunternehmen für sich selbst kümmern. Für den Beamten würde außerdem die Unterstützung eines Staatsunternehmens bei seiner Börsennotierung der Karriere nützen. Was am besten für die Wirtschaft sei, das brauche der Beamte nicht zu bedenken.

Nach Einschätzung von Liu Yonghao, Vorsitzender von New Hope, wurde die Börsennotierung des Privatunternehmens vor allem genehmigt, weil New Hope im Agrarsektor engagiert ist, der zu den Prioritätssektoren der Regierung zählt. Auch die besondere Position von Liu Yonghao, der ebenfalls Delegierter der Konsultativkonferenz sowie stellvertretender Vorsitzender der China Minsheng Bank und der China Industry and Commerce Federation ist, wird den Börsengang wohl erleichtert haben. (SCMP, 11.3.98)

Die Frage, ob Privatunternehmen an der Börse notieren dürfen, rief eine längere Diskussion während der Sitzung der Konsultativkonferenz hervor. So warnte beispielsweise Chen Chunlin, Präsident der Wuhan Pengling Holdings, vor der Entstehung eines neuen Kapitalismus, sollten Privatunternehmen an die Börse gehen dürfen. Auch für Liu Ji, Delegier-

ter und stellvertretender Präsident der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, ist die Zulassung von privaten Unternehmen an der Börse die Rückkehr des Kapitalismus. Dagegen argumentierte der bekannte Ökonom Dong Furen, daß private und staats-eigene Unternehmen gleich behandelt werden sollten. Aktienmärkte in anderen Ländern würden auch nicht bei der Börsenzulassung nach der Eigentumsform des Unternehmens fragen, und auch China solle schrittweise zu dieser Praxis übergehen. (SWB FE/D3176/CNS 16.3.98) -schü-

### 33 Rekapitalisierung der Banken

Anfang März d.J. hat das Finanzministerium angekündigt, die Rekapitalisierung der Banken mit Hilfe einer Staatsanleihe durchführen zu wollen. Vorgesehen ist die Begebung von speziellen Schatzobligationen für die vier Staatsbanken, die technisch gesehen insolvent sind und dringend einer Kapitalspritze bedürfen. Das Volumen der Staatsanleihe soll rd. 270 Mrd. Yuan bzw. 32,5 Mrd. US\$ betragen und dazu beitragen, daß die vier Staatsbanken die 8%-Grenze für die Eigenkapitalquote erreichen, die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich empfohlen wird. (SCMP, 6.3.98; SWB FE/D3178/CNS, 18.3.98)

Die Verkaufserlöse für die Staatsanleihe werden den vier Banken - der Agricultural Bank of China, der Bank of China, der China Construction Bank und der Industrial and Commercial Bank of China - zur Verfügung gestellt, die dann ihre uneinbringlichen Forderungen gegenüber den Staatsbetrieben abschreiben können. Hierdurch soll neues Vertrauen bei den Anlegern geschaffen, aber auch die Expansionspläne der Banken im Ausland gefördert werden.

Bereits im letzten Jahr haben die Banken faule Kredite mit einem Volumen von rd. 30 Mrd. Yuan abgeschrieben. Für 1998 war eine Abschreibung von 50 Mrd. Yuan und für 1999 von 70 Mrd. Yuan vorgesehen gewesen. (FT, 3.3.98)

Über den Anteil der faulen Kredite an den Gesamtkrediten der Banken bestehen unterschiedliche Einschätzungen. Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong sind rd. 20% der Gesamtkredite der Banken überfällig, jedoch nur 5-6% un-

einbringlich (FT, 3.3.98; IHT, 2.3.98). Ausländische Experten schätzen dagegen den Anteil der uneinbringlichen Kredite auf rd. 50%. (AWSJ, 30.3.98; FAZ, 18.3.98). Die Rating-Agentur Standard & Poor's geht sogar von faulen Krediten in Höhe von 60% des chinesischen Bruttoinlandprodukts (rd. 4.400 Mrd. Yuan) aus (NZZ, 3.3.98). Als Reaktion darauf nannte der Zentralbankpräsident ein Volumen von 1.300 Mrd. Yuan an Krediten, die mehr als sechs Monate nicht verzinst wurden, während tatsächlich verlorene Kredite sich auf 330 bis 400 Mrd. Yuan beliefen. (NZZ, 3.3.98)

Zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Konditionen die Sonder-Staatsanleihe zur Rekapitalisierung der Banken aufgelegt werden wird, ist noch nicht bekanntgegeben. Sicherlich wird zunächst die jährliche Emission von Anleihen für die Finanzierung des Staatshaushalts auf den Markt gebracht werden müssen. Die Entscheidung für eine Rekapitalisierung, die vom Ständigen Komitee des 8.NVK genehmigt wurde, zeigt jedoch, daß die chinesische Regierung das warnende Beispiel der asiatischen Nachbarstaaten ernst nimmt.

Daß Kapitalinjektionen jedoch nicht ausreichen, darauf wird auch in einem Artikel im *Asian Wall Street Journal* vom 30.3.98 hingewiesen. Um nach der Rekapitalisierung der Banken ein erneutes Anwachsen der faulen Kredite zu vermeiden, muß die Kreditvergabe an die Unternehmen nach kommerziellen Kriterien wie Kreditwürdigkeit anstatt auf der Basis wirtschaftspolitischer Überlegungen vergeben werden. Damit verbunden müßte auch die Geldpolitik verändert werden, einschließlich der Liberalisierung von Zinssätzen.

Der Artikel weist u.a. auch auf die neuen Reformschritte bei der Vorgabe von Geldmengenzielen hin. So sei gerade Anfang d.J. der bis dahin als Imperativplan bestehende Kreditplan für die vier großen Staatsbanken in einen Leitlinienplan umgewandelt worden. Allerdings erschwerten eine Reihe von Problemen den Reformprozeß. So verfüge die Zentralbank nur über einen beschränkten Einfluß über die Kreditvergabe an die Banken, da rd. die Hälfte der Refinanzierung der Zentralbank an die drei staatlichen Spezialbanken mit wirtschaftspolitischen Aufgaben gehe. Auf die Kreditentscheidungen dieser Banken habe die Zentralbank kaum Einfluß. Selbst wenn dies der Fall wäre, sei die Be-

stimmung der Geldmenge für die Zentralbank kaum möglich, da die Beziehung zwischen Reserven der inländischen Banken, Geldangebot und den Zielen einer festen Währung sei eher instabil und nicht vorhersehbar sei. Eine Wirtschaft in der Transformation zur Marktwirtschaft könne nicht über Nacht eine marktorientierte Bestimmung des Geldmengenziels einführen. -schü-

### 34 Erneute Zinssenkung

Die Zentralbank hat mit Wirkung zum 25.3.98 eine Senkung der Zinsen auf Bankkredite und -einlagen sowie eine Veränderung im Einlagensicherungsfonds ab dem 21.3.98 angekündigt.

So sollen die durchschnittlichen jährlichen Zinssätze auf Einlagen um 0,16% gesenkt werden. Mit Ausnahme der Jahreszinssätze für ein- und zweijährige Einlagen (Reduzierung von 5,67% auf 5,22% sowie Reduzierung von 5,94% auf 5,58%) sollen die Zinsen für Einlagen mit anderen Laufzeiten unverändert bleiben.

Weiterhin ist eine Senkung der Kreditzinsen vorgesehen, und zwar um durchschnittlich 0,6%. Im einzelnen fallen die Kreditzinsen

- für Kredite mit einer Laufzeit von sechs Monaten von 7,65% auf 7,02%,
- für Kredite mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten von 8,64% auf 7,92%,
- für Kredite mit einer Laufzeit von ein bis drei Jahren von 9,36% auf 9%,
- für Kredite mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren von 9,90% auf 9,72% und
- für Kredite von länger als fünf Jahren von 10,53% auf 10,35%.

Die Zentralbank senkt den Einlagensicherungsfonds von derzeit 13% auf 8%. Dieser Fonds besteht aus Kassenbestand und Guthaben bei der Zentralbank. Hierdurch werden den Banken größere Finanzierungsspielräume erlaubt. Alle 10 Tage soll der Fonds zukünftig überprüft werden.

Weiterhin werden die Zinssätze für Einlagen und Kredite der Banken reduziert. Der bestehende Zinssatz für den Einlagen der Banken bei der Zentralbank wird von 7,56 % auf 5,22% gesenkt. Darüber hinaus ist auch eine Senkung der kurzfristigen

Kredite der Zentralbank an die Kommerzbanken vorgesehen, und zwar

- für Kredite mit 20tägiger Laufzeit von 8,55% auf 6,39%,
- für Kredite mit dreimonatiger Laufzeit von 8,82% auf 6,84%,
- für Kredite mit einer sechsmonatigen Laufzeit von 9,09% auf 7,03% und
- für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr von 9,39% auf 7,92%.

(SWB FE D3185/CNS 26.34.98) -schü-

### 35 Zhu Rongji drängt auf beschleunigte Reform des Wohnungseigentums und der Krankenversicherung

Der neue Ministerpräsident Zhu Rongji wies Mitte März darauf hin, daß bestimmte Reformen, wie beispielsweise die Kommerzialisierung der Wohnungen und der Krankenversicherung, innerhalb eines Zeitraumes von rd. einem Jahr bzw. zwei Jahren abgeschlossen sein sollten.

Die Regierung will die bisherige Praxis beenden, mit öffentlichen Mitteln gebaute Wohnungen der städtischen Bevölkerung zu Niedrigmieten zur Verfügung zu stellen. Statt dessen sollen die staatlichen Beschäftigten, einschließlich der Beamten und der Beschäftigten in den Staatsunternehmen, die Wohnungen über ein von der Regierung unterstütztes System des Wohnungskaufs über Ratenzahlungen käuflich erwerben.

Die Anzahlung für den Wohnungskauf kann mit Hilfe von Bankkrediten erfolgen. Anschließend soll ca. ein Achtel der Einkommen für monatliche Hypothekenzahlungen verwandt werden. Beschäftigte mit ausreichenden Finanzmitteln können eine Wohnung mit Hilfe ihrer Arbeitseinheit oder über Regierungskredite kaufen. (SCMP, 25.3.98)

Für den Neubau von kostengünstigem Wohnraum, der anschließend an die Bevölkerung verkauft werden soll, sind in diesem Jahr 41,9 Mrd. Yuan vorgesehen, davon 15,3 Mrd. Yuan als Bankkredite. Mit den Mitteln soll Wohnraum mit einem Umfang von 48,73 qm fertiggestellt werden. Allerdings sollen nach Zeitungsberichten trotz der relativ niedrigen Preise für bereits gebaute Wohnungen mehr als zwei Drittel noch nicht verkauft worden sein. Obwohl die Ko-

sten pro qm bei 2.000 Yuan und damit unter der Hälfte des üblichen Marktpreises liegen, können sich viele städtische Beschäftigte mit ihrem Durchschnittseinkommen von 5.000 Yuan pro Jahr diese Wohnungen noch nicht leisten. Allerdings gibt es noch andere Gründe, warum die Nachfrage für diese Wohnungen nicht besonders hoch ist. So befinden sich diese Häuser oftmals in den Randbezirken der Städte, die erst eine unzureichende Infrastruktur besitzen. (SCMP, 21.3.98)

Innerhalb von zwei Jahren soll weiterhin die Reform der Krankenversicherung abgeschlossen sein. Bis dahin sollen alle staatlichen Beschäftigten ihre eigenen Krankenversicherungen besitzen. Von den Löhnen und Gehältern soll dann ein bestimmter Prozentsatz für die medizinische Versorgung abgezogen werden. Gleichzeitig sollen den Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen Bankkredite zur Verfügung gestellt werden.

Während diese Reformen in den reicheren Städten der Küstenprovinzen sicherlich relativ problemlos umgesetzt werden können, ist durchaus mit größeren Anpassungsschwierigkeiten in anderen Regionen zu rechnen. So sind beispielsweise die Beschäftigten in Nordostchina durch die Konkurse der Staatsbetriebe hart getroffen, und die Bevölkerung hat dort vielfach nur einen Mindestlohn, mit dem die Lebensmittel gekauft werden können. (SCMP, 25.3.98) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 36 Engere Kooperation mit der Provinzregierung Guangdong

Am 30. März trafen die Regierungen der SVR Hongkong und der benachbarten Provinz Guangdong der VR China zu einem ersten Treffen zusammen. Die von Tung Chee-hwa im letzten Herbst angekündigte engere grenzübergreifende Zusammenarbeit soll künftig durch zweimal jährlich stattfindende Treffen der jeweiligen Regierungschefs untermauert und verstetigt werden. Ziel ist eine engere Abstimmung der regionalen Politik insbesondere in den Bereichen Infrastruktur- und Technologieent-

wicklung, Investitionsförderung, Umweltschutz, Grenzverkehr sowie Nahrungsmittel und Wasserversorgung. (SCMP, 9.4.1998; Xinhua, 25.3.1998; AWSJ, 31.3.1998)

An dem ersten Treffen, das vornehmlich der Kontaktherstellung und Vorgesprächen diente, nahmen in jeweils größeren Delegationen auf seiten Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa und Verwaltungschefin Anson Chan sowie auf seiten Guangdong Provinzgouverneur Lu Ruihua und sein Stellvertreter Wang Qishan teil. Die Beijinger Zentralregierung war durch den Direktor des Amtes für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten des Staatsrates, Liao Hui, vertreten.

Der Gouverneur Guangdong, Lu Ruihua, hob die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit insbesondere in der Entwicklung von Infrastruktur und Informationstechnologie hervor. In Wachstumsbereichen der regionalen Wirtschaft sei eine enge Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen Hongkong und Guangdong erstrebenswert, die eine Duplizierung von Investitionen und die Schaffung von Überkapazitäten möglichst ausschließe. Die „Koordination“ der Wirtschaftspolitik zwischen Hongkong und Guangdong beschrieb der Stellvertretende Provinzgouverneur Wang Qishan als wichtigstes Ziel der Regierungsgespräche.

Die nun angelaufenen hochrangigen Direktkontakte zwischen den Regierungen Hongkongs und der Provinz Guangdong sind bemerkenswert, da solche politischen Verbindungen vor dem Souveränitätswechsel in Hongkong von Beijing äußerst mißtrauisch betrachtet und weitgehend verhindert worden waren. Eine von wirtschaftlichen Interessen getriebene „Kollusion“ zwischen Hongkong und Guangdong in einem übergreifenden kantonesischen Wirtschaftsraum konnte zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft von Beijing nicht geduldet werden. Die Zentralregierung scheint nun aber ein entspannteres Verhältnis gegenüber wirtschaftspolitischen Abstimmungsbemühungen im kantonesischen Raum gewonnen zu haben. Die angestrebte Koordination in Infrastruktur- und Technologiefragen wird zur weiteren Wirtschaftsintegration zwischen Hongkong und Guangdong beitragen. -hei-

### 37 Diskussionen um freie Meinungsäußerung der Medien

Im März gab es in Hongkong erhitze Diskussionen über eine mögliche Beschränkung der freien Meinungsäußerung der Medien. Anlaß war die Äußerung eines Hongkonger Delegierten der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, die Anfang März in Beijing tagte. Auf der Tagung hatte der Hongkonger Delegierte Tsui Sze-men (Xu Simin) moniert, daß der öffentliche Sender RTHK (Radio Television Hong Kong) die Beijinger Regierung sowie die SVR-Regierung und deren Chef Tung Chee-hwa kritisiere. Er sei zwar nicht gegen Pressefreiheit, aber er sei der Meinung, daß der Sender stärker kontrolliert werden müsse, zumal es sich um einen öffentlichen Sender handle. Tung Chee-hwa selbst distanzierte sich in Beijing nicht von diesen Äußerungen, sondern sagte lediglich, man müsse das Problem langsam angehen. Seine Reaktion heizte die Debatte in Hongkong zusätzlich an. (Vgl. SCMP, Internet ed., 6.3.98; *Ta Kung Pao*, Hongkong, 5.3.98, nach SWB, 7.3.98) Die amtierende Chefin des Senders, Anson Chan, wertete die Äußerungen als Angriff auf die Pressefreiheit in Hongkong und auf den Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“. Sie kritisierte insbesondere, daß die Äußerungen in Beijing gefallen waren, denn dies erwecke bei der Hongkonger Bevölkerung den Eindruck, man fordere eine Intervention der Zentralregierung in Hongkonger Angelegenheiten. Es sei jedoch von größter Wichtigkeit, das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ genauestens einzuhalten. (RTHK Radio 4, Hongkong, engl., 5.3.98, nach SWB, 6.3.98)

Der Vorfall zeigt, wie empfindlich die Öffentlichkeit in Hongkong reagiert, wenn die Autonomie eingeschränkt zu werden droht. Allerdings scheint es so, daß die Angelegenheit hochgespielt wurde und die Reaktionen übertrieben sind. Zum einen dürfte der Delegierte Tsui Sze-men kaum die Autorität, geschweige denn die Macht haben, in dieser Sache etwas zu bewirken. Zum anderen schnitt Tsui kein neues Thema an; vielmehr wird über den RTHK in Hongkong schon seit längerer Zeit diskutiert. Hinter der Debatte stehen zwei verschiedene Auffassungen von einem aus öffentlichen Mitteln finanzierten Sender. Frau Chan ist der Meinung, daß es Aufgabe und Pflicht einer öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt sei, die Politik der Regierung zu veröffentlichen und zu analysieren und daß die